

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 10.08.2021	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Amt für Vielfalt und Internationale Beziehungen	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2021/0207 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 111120 Kostenstelle: 531-001-7000 Kostenträger: 1111-21 Investitionsnummer: Sachkonto: 5410900		

Betreff: Unterzeichnung der Resolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung:
Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

Vorlage vom: 28.07.2021

Beschlussvorschlag:

1. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt setzt sich aktiv für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein.
2. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt schließt sich der Erklärung „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas an.

Anlagen:

- Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“
- Resolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" des Deutschen Städtetags und der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Region Europas

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.07.2021

1. Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen –

Am 27. September 2015 wurde die „**Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**“ einstimmig von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet (s. Anlage Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“). Sie formuliert eine transformative Vision für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Kernstück der Agenda 2030 sind die sogenannten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), welche bis 2030 umgesetzt werden sollen (s. unten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung).

Die Agenda 2030 gilt weltweit für alle Staaten gleichermaßen und bezieht alle politischen Ebenen ein. Kommunen kommt eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Agenda 2030 zu. Zwei Drittel ihrer Ziele sind nur durch das Engagement lokaler und regionaler Regierungen zu erreichen, schätzt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)¹. Denn die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt bereits heute in Städten, welche als wirtschaftliche Zentren für einen Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der Emissionen verantwortlich sind. Besonders SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ adressiert Kommunen direkt und hebt deren Bedeutung für nachhaltige Entwicklung hervor.

Die Agenda 2030 knüpft an die Milleniumserklärung und deren Ziele an (2000-2015)². Im Gegensatz zu den Milleniumszielen, sind die SDGs universell gültig und betonen die gemeinsame Verantwortung des Globalen Nordens und Südens bei ihrer Umsetzung. Die SDGs bilden daher auch die Grundlage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie³. Im föderalen Mehrebenensystem sind alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – gleichermaßen verantwortlich für die Erreichung der Ziele der Agenda 2030.

2. Resolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" des Deutschen Städtetages

Der Deutsche Städtetag und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion geben Kommunen mit ihrer Resolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" einen einheitlichen Rahmen für nachhaltiges Handeln (s. 2.1 Resolutionstext für die Wissenschaftsstadt Darmstadt). Durch die Unterzeichnung signalisieren Kommunen ihre Bereitschaft, sich für ausgewählte Themen der Nachhaltigkeit zu engagieren. Derzeit haben in Deutschland über 150 Kommunen die Resolution unterzeichnet. Die Zeichnungskommunen arbeiten im Netzwerk „Club der Agenda 2030-Kommunen“ zusammen.

Maßnahmen zur lokalen Umsetzung sind beispielsweise eine nachhaltige Siedlungspolitik, integrierte Verkehrskonzepte, Klimaschutzmaßnahmen, die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte, Informationsarbeit zur Agenda 2030 vor Ort, nachhaltige Beschaffung und kommunale Partnerschaftsprojekte (s. 3. Nachhaltigkeit lokal gestalten – Agenda 2020 als Leitfaden für ein nachhaltiges Darmstadt nutzen).

¹ OECD 2020: OECD Urban Policy Reviews, A Territorial Approach to the Sustainable Development Goals, Synthesis report.

² Eine Resolution zur Unterstützung der Milleniumserklärung wurde im Jahr 2007 von der Wissenschaftsstadt Darmstadt unterzeichnet (Magistratsvorlage V-Nr. 2007/0197).

³ Siehe Bundesregierung 2021: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Weiterentwicklung 2021.

2.1 Resolutionstext „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.⁴

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030 -Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.⁵

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und Ländern ausgeglichen werden.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt

wird ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

3. Nachhaltigkeit lokal gestalten – Agenda 2030 als Leitfaden für ein nachhaltiges Darmstadt nutzen

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt befindet sich inmitten eines strategischen Transformationsprozesses zu einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort, die Wirtschaft, Umwelt und Soziales in Einklang bringt. Als Meilensteine sind exemplarisch die Verabschiedung der Stadtentwicklungsstrategie Masterplan DA2030+⁶ zu nennen und der Beschluss „Höchste

⁴ Vgl. Anlage Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“

⁵ Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.06.2015

⁶ Magistratsvorlage V-Nr.-2020/0141 am 25. Juni 2020 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet

Priorität für Klimaschutz – Weltklima in Not – Darmstadt handelt“⁷ zur Klimaneutralität bis 2035.

Die lokale Umsetzung der Agenda 2030 betrifft als Querschnittsaufgabe zahlreiche Aufgaben im Handlungsbereich des Magistrats. Bereits heute setzen Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Strategien erfolgreich Ziele der Agenda 2030 in Darmstadt um: Hierzu zählen der Kampf gegen Armut, die Gewährleistung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung und Bildung, die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Bürgerinnen und Bürger in eine diverse und internationale Stadtgesellschaft, die nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität ebenso wie der Klima- und Umweltschutz.

Zentrale Herausforderungen unserer Zeit haben eine globale Dimension, wie gegenwärtige Phänomene wie Migration, Klimakrise, Artensterben oder globale Pandemien beispielhaft verdeutlichen. Neben der lokalen Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 ist sich Darmstadt daher auch seiner globalen Verantwortung bewusst und berücksichtigt die weltweiten Auswirkungen ihres Handels bei wichtigen Entscheidungen: Darmstadt ist seit 2013 Fairtrade-Stadt und fördert fairen Handel. Die faire und nachhaltige Beschaffung wird kontinuierlich ausgebaut (SV-2013/0168). Die Stadt setzt Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Kommunen des Globalen Südens um, wie beispielsweise mit der Partnerstadt Uzhhorod in der Ukraine und mit Kairouan in Tunesien. In internationalen fachlichen Netzwerken bringt sich die Stadt mit lokalen Lösungsansätzen ein und kann selbst von innovativen Ideen lernen. Zudem wurde die „Kommunale Entwicklungspolitik“ als Querschnittsaufgabe etabliert (Magistratsvorlage V.-Nr. 2018/0043). Migrantische Organisationen werden hierbei als wichtiger Partner eingebunden.

Die sog. „Dekade des Handels“ (Decade of Action) ist bereits angebrochen. Dieses Jahrzehnt bis 2030 ist entscheidend, um die 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen und drängende Zukunftsaufgaben zu lösen. Die Covid 19 - Pandemie hat den Handlungsdruck zusätzlich verstärkt. Dabei verdeutlichten die verheerenden Folgen der Pandemie, dass bereits die Gefährdung eines der Nachhaltigkeitsziele, in diesem Fall des Gesundheitsziels, fatale Folgen in anderen Lebensbereichen nach sich ziehen kann.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt erkennt mit dem Beitritt zur Initiative **„2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“** die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 an. Mit der Unterzeichnung der Resolution äußert die Stadt ihre Bereitschaft, sich für ausgewählte Themen der Nachhaltigkeit zu engagieren, und im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt bekräftigt damit den eingeschlagenen Pfad zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt und unterstreicht ihren Anspruch, ihr Engagement zu intensivieren und weiterzuentwickeln.

Als Referenzrahmen bietet die Agenda 2030 dabei das Potential, Strategien und Maßnahmen im Bereich nachhaltiger Entwicklung unter ihrem Dach zu verknüpfen und das vielfältige Engagement in Darmstadt sichtbar zu machen. Hierfür bedarf es unter anderem einer zielgerichteten, auf die SDGs bezogenen Öffentlichkeitsarbeit. Die SDGs stellen ein wirksames Instrument für eine ressortübergreifende integrierte Politik dar, um Abwägungen zwischen verschiedenen Politikbereichen vorzunehmen und alle Akteure in den Entscheidungsprozess einzubinden.

⁷ Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19. September 2019, SV-2019/0043

4. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

Ziel 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden.

Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Ziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.

Ziel 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.

Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.

Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Ziel 9: Widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.

Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.

Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

5. Umsetzung des Unterzeichnungsverfahrens

Der Oberbürgermeister unterzeichnet die anliegende Erklärung „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“. Das Unterzeichnungsverfahren der Resolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" wird federführend vom Amt für Vielfalt und Internationale Beziehungen fachlich begleitet.

Darmstadt, 28.07.2021

531

Dezernat I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister